

KLARTEXT

aus dem Bundestag



Die Ampel muss weg!

Während Ideologie und Wahnsinn Deutschland regieren, leiden Bürger und Wirtschaft unter unhaltbaren Zuständen: die Inflation frisst jedes noch so kleine Sparvermögen auf, viele bangen um ihren Arbeitsplatz und können ihre Strom- und Gasrechnungen nicht mehr bezahlen. Die Menschen haben Angst vor der Zukunft und sind wütend auf Politiker, die wissentlich unser Land in den Abgrund führen.

Wir als Alternative für Deutschland geben den Bürgern eine Stimme im Parlament. Wir setzen uns für Ihre Interessen statt für Ideologie und Gängelei ein. Wir arbeiten zum Wohle derer, die unsere Gesellschaft am Laufen halten.

Aber das allein genügt nicht: wir alle müssen den Protest auf die Straßen tragen. Wir brauchen keine Entlastungspakete, die Milliarden verschlingen und fast wirkungslos bleiben, sondern eine gänzlich andere Politik. Für uns gilt: Deutschland zuerst!

Daher fordern wir:

Steuern runter! Abgaben runter! Preise runter! Ja zur Kernenergie!

Wir als AfD stehen an Ihrer Seite - gemeinsam für unser Deutschland!

Ihr/Euer Stephan Brandner



www.stephan-brandner.de

BKA warnt vor Linksextremen

Das BKA warnt davor, dass jene, die sich bisher darauf beschränken, sich an Straßen festzukleben, Reifen aufzubohren oder Innenstädte zu blockieren, noch deutlich radikalere Aktionen planen könnten.

Genauso wie die vorangegangene Bundesregierung auf dem linken Auge blind gewesen ist, so ist es auch die aktuelle Scholz-Regierung. Die Taten der Linksextremen werden nicht selten als Dummejungenstreiche dargestellt, die sie aber nicht sind. Es ist brandgefährlich, extremistische Straftaten zu verharmlosen und den Tätern freie Fahrt zu lassen. Als AfD stehen wir für die Bekämpfung aller Formen des Extremismus und nehmen jedwede Bestrebung dieser Art sehr ernst. Dass das Bundeskriminalamt nun endlich auch Linksextreme ins Visier nimmt, ist erfreulich, aber dass die Extremisten immer radikaler werden, ist besorgniserregend.

Diskussions- statt Absagekultur

Wir leben in einer Zeit, in der sich ständig jemand durch irgendetwas diskriminiert fühlt und ununterbrochen Rücksicht auf alles und jeden genommen werden soll. Winnetou verboten, Pipi Langstrumpf umgeschrieben, Straßen umbenannt. Diese vermeintliche politische Korrektheit zerstört unser Zusammenleben und führt zu einer kranken Gesellschaft, in der keiner sich mehr traut, etwas zu sagen - aus Angst einen Fehler zu begehen. Wir sollten uns auf das Wesentliche im Zusammenleben, nämlich gegenseitigen Respekt und eine offene Diskussionskultur konzentrieren, anstatt ständig auf irgendetwas zu verzichten. Das wäre für unser Zusammensein deutlich konstruktiver. Als AfD stehen wir für den "Mut zur Wahrheit" und den Mut zur eigenen Meinung!



Schluss mit Maskenpflicht

Der Bundestag hat bereits im September beschlossen, dass auch in diesem Winter eine strikte Maskenpflicht in vielen Bereichen vorherrschen wird. Die aktuellen Regelungen führen zu jeder Menge Verwirrung: während im Fernverkehr FFP2-Pflicht gilt, ist eine Maskenpflicht im Nahverkehr in vielen Bundesländern auf medizinische Masken beschränkt und im Flugzeug sogar gänzlich aufgehoben worden. Für uns steht fest: die Maskenpflicht, so wie alle anderen Einschränkungen im Zusammenhang mit Corona, müssen auf der Stelle beendet werden.

Machen wir es wie der Bundespräsident: lassen wir die Masken zu Hause.



Protzigen Kanzleramtsanbau stoppen!

Während die Ampel-Regierung an ihren Plänen zum Erweiterungsneubau des Bundeskanzleramts, inklusive auf Stelzen gelagertem Helikopterlandeplatz, Kindergarten und zusätzlicher Kanzlerwohnung, für 777 Millionen Euro festhält, steht für die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fest, dass gerade in der aktuellen Lage Sparen die Devise der Regierenden sein muss. Es kann nicht sein, dass wir als Bürger möglichst nicht mehr duschen und im Kalten und Dunkeln sitzen sollen, während

Bundeskanzler Scholz auf den Neubau seiner 250 Quadratmeter Dienstwohnung und andere zahlreiche Annehmlichkeiten, die im Kanzleramt entstehen sollen, besteht. Für die AfD-Fraktion steht fest: Der Bau muss zwingend gestoppt werden. Es ist das Gebot der Stunde, als Regierung mit gutem Beispiel voranzugehen und sich auch selbst einzuschränken, statt dies nur immer wieder von uns Bürgern einzufordern.

Hier geht es zu meiner Rede im Deutschen Bundestag:



Berliner Wahlchaos zeigt: Deutschland längst Bananenrepublik

Der Wahltag 2021 war in Berlin der reinste Horror: keine oder nicht genügend Wahlzettel, geschlossene Wahllokale, lange Schlangen. Von einer regulären Wahl konnte kaum gesprochen werden, vielmehr war ein vollständiges Versagen attestiert worden. Bundesverfassungsrichter Peter Müller sprach in einem Interview sogar von Zuständen, wie man sie in irgendeinem diktatorischen sogenannten Entwicklungsland vermuten würde. Nun steht fest: Die Ampelregierung hat im Wahlprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages eine vollständige Wahlwiederholung der Bundestagswahl verhindert. Wiederholt werden soll die Wahl nun nur in bestimmten Wahllokalen. Wir sehen darin einen großen Schaden für die Demokratie und fordern, das Wahlprüfungsverfahren als logische Folge zwingend zu reformieren. Auch in erster Instanz müssen unabhängige Gerichte entscheiden, nicht befangene Bundestagsabgeordnete als Richter in eigener Sache.

Mehr dazu auch hier:



www.stephan-brandner.de

November 2022

6. Jahrgang, Ausgabe 17, 11/2022

Alle Kernkraftwerke müssen weiterlaufen

Das Gerangel um den Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke nimmt kein Ende. Die Positionen der Ampel-Fraktionen gehen so weit auseinander, dass eine Lösung kaum zu finden ist. Für uns als AfD steht fest: moderne und zukunftsfeste Energie ist Kernenergie. Das sehen auch jene Länder der Welt so, die zahlreiche neue Kernkraftwerke entstehen lassen. Einzig in Deutschland hofft man darauf, dass Wind und Sonne ausreichen werden, um ein modernes Industrieland mit Energie zu versorgen. Wir sagen: Unsinn! Der Schritt in eine energiesichere Zukunft ist nur mit Kernenergie möglich. Daher müssen nicht nur alle Kernkraftwerke über das Frühjahr 2023 hinaus weiter laufen - neue müssen entstehen.



Keine Impfpflicht durch die Hintertür



Wussten Sie, dass die Bundes- und Landesregierung eine Impfpflicht ohne jede Beteiligung der Parlamente einführen könnte? Aus meiner Sicht ein Unding! Daher setze ich mich mit einem aktuellen Gesetzentwurf dafür ein, diesen Missstand in §20 IfSG zu beseitigen. Eine Impfpflicht gegen das Coronavirus, insbesondere angesichts der experimentellen Impfstoffe, lehne ich völlig ab - eine Impfpflicht gegen eine andere, möglicherweise sehr gefährliche Krankheit, darf jedoch niemals allein von den Regierenden verordnet werden. Als AfD stehen wir für die freie Entscheidung jedes Menschen und wenden uns gegen Zwang und Gängelei.



Egal ob bei der Großdemonstration in Berlin, beim Wahlkampf in Niedersachsen, bei Klausuren in Südthüringen, bei Bürgerdialogen in meinem Wahlkreis, bei den Fahrten nach Berlin oder bei Demonstrationen, Sprechstunden und Gesprächen sowie Infoständen in Thüringen: mir ist es wichtig, stets auf Achse und immer ansprechbar für die Menschen zu sein. Gerade jetzt, wo viele Menschen ihre Existenz bedroht sehen, Angst vor dem haben, was da noch kommen mag und tausende Fragen sich breit machen, ist es mir ein Bedürfnis, mit offenen Ohren und Augen unterwegs zu sein. Daher gilt: sprechen Sie mich an, stellen Sie Fragen kommen Sie zu meinen Veranstaltungen. Nur gemeinsam kommen wir durch diese Krise!

www.stephan-brandner.de

Bund fördert Antifa Gera

Wussten Sie, dass Bund und Land die Antifa in Gera fördert - und zwar mit Ihren Steuergeldern?! In diesem Herbst fand z.B. eine Veranstaltung mit dem Titel „Say their names“ statt, die großflächig durch die Antifa beworben wurde. Gefördert wurde das linke Projekt durch die Förderprogramme „Demokratie leben!“ und „Denk bunt“. Das ist ein Unding, sagen wir und lehnen die Projektförderung linker bis hin zu linksextremen Gruppierungen aus Fördertöpfen hinter dem Deckmantel des „Kampfs gegen Rechts“ entschieden ab. Nur als AfD stehen wir für die Bekämpfung jeder Form des Extremismus. Diesen aber aus Steuermitteln noch zu päppeln, ist ein Skandal!



Unser Mittelstand in Gefahr



Nie war die wirtschaftliche Stimmung in unserem Land so schlecht wie heute: selbst während der Corona-Lockdowns war die Hoffnung des Mittelstandes größer als heute. Gerade die energieintensiven Bereiche, wie Bäckereien stehen vor dem Abgrund: sie wissen längst nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Gleichzeitig halten auch die Kunden verständlicherweise das Geld zusammen, da sie selbst von der aktuellen Lage gebeutelt sind. Was ist zu tun? Ohne eine langfristige Steuer- und Abgabensenkung und die Erhöhung des Angebots an Strom und Gas, wird die Krise nicht zu meistern sein. Als AfD machen wir Vorschläge, zeigen Lösungen auf und sind die Stimme des Mittelstandes im Bundestag - werden aber ignoriert und belächelt. Es scheint, als wolle man unsere Wirtschaft mutwillig gegen die Wand fahren. Doch das lassen wir nicht zu! Dabei hilft es nichts, immer mehr Geld zu drucken und zu verteilen und damit die Inflation weiter ins Unermessliche zu treiben. Denn diese Inflation vernichtet die mühselig erwirtschafteten Ersparnisse.

Wir sind für Sie da!

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Di. bis Do. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. und Fr.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg

Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo. und Mi.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Zeulenroda

Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo. und Do.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda

Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Fr.: 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz!

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd

Sie wollen mehr Informationen?

Erhalten Sie den wöchentlichen Rundbrief, Einladungen und mehr. Einfach in die Kontaktliste eintragen lassen unter kontakt@brandner-im-bundestag.de.

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Spenden Sie:
Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN

Verwendungszweck: Stephan Brandner



www.stephan-brandner.de

November 2022

6. Jahrgang, Ausgabe 17, 11/2022

Der Herbst ist heiß:

Mehr als 12.000 Menschen trafen sich Anfang Oktober, um ihren Protest gegen die unfähige Ampel-Regierung und ihre desaströse Politik auf die Straße zu tragen. Für mich steht fest: diese vielen Tausend waren in Berlin, weil sie sagen, es reicht. Es reicht mit einer Altparteienpolitik, die uns an den Abgrund und an den Rand eines Krieges getrieben hat, es reicht mit einer Regierung, die Geld in aller Welt verteilt, während Unternehmen hier zu Grunde gehen, die hunderte Jahre überlebt haben. Allen denen, die sagen: "es reicht", versichern wir, wir stehen als AfD an Eurer Seite. Geben wir nicht nach: zeigen wir weiter offen, dass wir nicht einverstanden sind. Für unsere Heimat.



5 Jahre gemeinsam kämpfen



Wir sagen "Herzlichen Glückwunsch" zum fünfjährigen Jubiläum unseres Mitarbeiters Heiko Gluth im Team Brandner. Gestartet in Erfurt, gelandet im Altenburger Land, ist Heiko zuständig für die Büros in Gößnitz, Altenburg und Sömmerda. Egal ob Infostand, Bürgerdialog, Dörfertour oder Flugblätter verteilen, unser Heiko ist nicht nur im Büro zu finden, sondern stets auf Achse. Wir danken Dir für Deine Ausdauer und Loyalität und freuen uns auf die nächsten gemeinsamen 50 Jahre. :)